

Euro-Kritik von rechts: Die Alternative für Deutschland (AfD)

Auf einen Blick:

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat sich im Frühjahr 2013 gegründet. Bei der Bundestagswahl 2013 hat sie 4,7 Prozent erreicht. Sie ist eine rechte Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Ein Großteil des führenden Personals stammt aus den rechtskonservativen Flügeln von CDU und CSU. In Führungspositionen der Partei sind meist Leute mit hohem Einkommen und gesellschaftlichem Einfluss, z.B. Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, und Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg und Vertreterin des rechtskonservativen Bürgertums. Aus diesen Kreisen hat die AfD hohe Spenden und Darlehen erhalten. Im Bundestagswahlkampf verfügte sie über 2,3 Millionen Euro.

Die AfD stellt sich als »sachorientierte« und »ideologiefreie« Partei der Volkswirtschaftsprofessoren dar. Das ist falsch, denn sie vertreten eine ganz bestimmte, marktradikale Sichtweise, die nicht weniger ideologisch ist.

Die AfD kritisiert den Sozialstaat und wertet Erwerbslose, Muslime und Homosexuelle ab. Sie mobilisiert gegen Gewerkschaften, Erwerbslose und Vertreterinnen und Vertreter von Umverteilungspolitik.

»[Der]Großstadtjugendliche[...] aus Hartz-IV-Milieu, männlichen Geschlechts, türkischer Herkunft und muslimischen Glaubens [...] für die deutsche, pädagogisch hochambitionierte Betreuungsindustrie. Da er sich schwertut mit dem Lernen, aber gern zusticht, wenn ihm irgendetwas nicht passt, liegt er bei den Schulabschlüssen am unteren, in der Kriminalstatistik am oberen Ende der Skala: ein ziemlich hoffnungsloser Fall, aber gerade so, als mehrfach geschädigtes Opfer der Gesellschaft, der ideale Zuwendungsempfänger.«

Konrad Adam, Mitbegründer und Sprecher der AfD, Merkur 08/2011

Falsche Krisenanalyse:

Die gegenwärtige Krise ist für die AfD keine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern lediglich eine Euro- und Staatsschuldenkrise. Als wesentliche Ursache werden die verfehlten Wirtschafts- und Haushaltspolitiken anderer EU-Mitgliedsstaaten gesehen. Zentral ist in diesem Zusammenhang die Forderung nach so genannter »nationaler Haushaltsdisziplin«. Im Klartext würde das bedeuten: Arbeitsmärkte weiter deregulieren, Sozialleistungen kürzen und öffentliche Daseinsfürsorge privatisieren. Das ist falsch. Austeritäts- und Kürzungspolitik in den betroffenen Ländern werden die Probleme nicht lösen, sondern die Krisen verschärfen.

Sündenböcke anbieten statt über gesellschaftliche Zusammenhänge aufklären:

Die AfD macht die angeblich faulen Griechen, Spanier oder Portugiesen und ihr falsches Verhalten für die Krise verantwortlich. Damit bietet sie einfache Sündenböcke an. Die Partei kritisiert nicht den Kapitalismus oder die Politik der Unternehmen, sondern unterstützt vor allem klein- und mittelständische Unternehmen, die von der Export-Strategie der Bundesregierung nicht profitieren.

Zurück zum Nationalstaat:

Die AfD will Entscheidungskompetenzen von der europäischen Ebene auf die nationalen Parlamente zurückführen. In diesem Sinne tritt die Partei für die »Souveränität der Staaten« ein. Allerdings tritt sie dabei nicht für eine sozialere Politik im Nationalstaat ein – anders als DIE LINKE, die im Nationalstaat wie in Europa für soziale Gerechtigkeit kämpft.

Kürzungspolitik gegen sozialstaatliche Errungenschaften:

Die AfD fordert eine Politik des Schuldenabbaus. Dies soll aber nicht durch eine veränderte Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik geschehen, die auf



DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99 • Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de • www.die-linke.de

eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten zielt. Die AfD steht für die Kürzung sozialstaatlicher Leistungen und die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

»Eine Politik [des Wohlfahrtsstaats], die jahrzehntelang damit beschäftigt war, den Leuten einzuimpfen, daß es einen Rechtsanspruch auf alles mögliche gibt, auf Schultüten für die Kleinen und auf goldene Eheringe für die Großen, kommt nicht so schnell ans Ende. [...] Jeder von ihnen könnte und sollte jeden Arbeitslosen, jeden Rentner und jeden Studenten danach fragen, mit welchem Recht er davon ausgeht, dass er ihm den Lebensunterhalt, die Rente oder das Studium bezahlt.«

Konrad Adam, Mitbegründer und Sprecher der AfD, in Die Welt vom 20.05.2006.

Sozialdarwinismus und antimuslimischer Rassismus:

Die AfD verbindet die Kritik am Sozialstaat mit Angriffen auf Muslime. Sie beteiligt sich vor Ort an Mobilisierungen gegen Moscheen und will die Europäische Union als »christlich-abendländische Tradition« verstanden wissen. Ihre Gleichsetzungen von Muslimen mit »gewaltbereit« und »schlecht gebildet« sind rassistisch. Die AfD macht Stimmung gegen die »Zuwanderung in die Sozialsysteme«, die von wenig gebildeten innereuropäischen Migrantinnen und Migranten zu befürchten wäre. Das ist falsch, denn rund 90 Prozent der Einwanderer etwa aus Bulgarien und Rumänien beantragen keine Sozialleistungen wie ALG II. Die Sozialsysteme werden viel mehr von mangelnden Steuer- und Beitragseinnahmen gefährdet und durch die Kürzungspolitik ausgehöhlt.

»Wenn der Satz ›Der Islam gehört zu Deutschland‹ [...] als eine implizite Bejahung des Islams in Deutschland gemeint ist, ist er falsch und töricht, weil er sich pauschal und undifferenziert zu einem komplexen Phänomen äußert, das viele unterschiedliche Strömungen und Aspekte umfasst. Was zu Deutschland gehört, muss präzise benannt werden und sollte von Deutschland her betrachtet werden.«

Bernd Lucke, Sprecher der AfD in seinen Thesen über den Islam vom 1.11.2014

Demokratiefeindlich:

Die AfD (Hans Olaf Henkel) setzt sich für Verfassungsänderungen ein, sodass verschiedene Ämter – z.B. Bundeskanzler und Bundespräsident – direkt gewählt und deren Kompetenzen dann erweitert werden. Sie wollen die Rollen der Parteien, auch der parteinahen Stiftungen schwächen. Das würde den Einfluss der Wirtschaft auf die Meinungsbildung verstärken. Hermann Behrendt, Vorstandsmitglied der AfD in Nordrhein-Westfalen, schlägt vor, auf ein Parlament zu verzichten und Gesetze durch die Regierung zu erlassen. Das nennt sich dann »mandative« statt »parlamentarische« Demokratie. Das Vorstandsmitglied der AfD Konrad Adam dachte schon vor einigen Jahren darüber nach, »Inaktiven« und »Versorgungsempfängern« das Wahlrecht abzuerkennen. Er bewegt sich damit in einer rechts-neoliberalen Tradition, die bis auf den Urvater des Neoliberalismus, Friedrich A. v. Hayek, zurückgeht.

»Man wird doch noch fragen dürfen«:

Die AfD nimmt oft für sich in Anspruch, nur Fragen zu stellen oder Probleme »ergebnisoffen« diskutieren zu wollen. Sie will damit Kritik, sie würde rechte Positionen bedienen, erschweren. Ähnlich wie Thilo Sarrazin vermittelt sie den Eindruck, von den Medien schlecht behandelt zu werden. Fakt ist, dass oftmals rechte Worte wie »Entartung«, »Bodensatz [der Gesellschaft]« oder »Degeneration« in Äußerungen eingebunden werden. Die AfD veröffentlicht oft in der Jungen Freiheit, einer neu-rechten Wochenzeitung. Sie richtet sich gegen Feminismus und gegen den »Gender-Wahn«. Sie befürwortet Atomenergie und stellt sich gegen die Energiewende. Sie stellt sich gegen den Sozialstaat, ist marktradikal, und Solidarität mit den Ausgegrenzten ist ihr fremd. Die AfD ist eine rechte Partei.

Wir sind DIE LINKE!



DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus,
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99 • Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de • www.die-linke.de